

Beschluss des 65. Bundeskongresses der Europa-Union  
vom 09.10.2022

---

### **Jugendpolitik und -förderung geht alle an!**

Die Europa-Union Deutschland setzt sich seit vielen Jahren für eine Verbesserung der generationenübergreifenden Solidarität in Europa ein. Dabei ist anzuerkennen, dass politische Teilhabe und Partizipation für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ungleich schwieriger sind und daher einer besonderen Berücksichtigung bedürfen. Nicht nur angesichts des Europäischen Jahres der Jugend bekennt sich daher die Europa-Union Deutschland zu zentralen jugendpolitischen Forderungen und setzt sich gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland für deren Umsetzung in Deutschland und in Europa ein:

1. **Jugendpolitik zum Querschnittsthema machen:** Die Belange und die Lebensrealität junger Menschen müssen zu einem echten Querschnittsthema jedes Politikbereiches werden. Die Teilhabe junger Menschen an Gesellschaft und Politik kann nur gelingen, wenn sie heute wie in der Zukunft eine stabile, chancengerechte und nachhaltige Lebensgrundlage in Europa haben. Politische Entscheidungen sollten so getroffen werden, dass sie die Belange und die Lebensrealität der jungen Generation berücksichtigen, sei es in der Klimapolitik, der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik oder bei der Digitalisierung.
2. **Wahlalter in Deutschland und zu Europawahlen auf 16 Jahre senken:** Junge Menschen sind besonders von den kurz-, mittel- und langfristigen Folgen aktueller Krisen sowie Entscheidungen zum Umgang mit diesen Krisen betroffen. Gleichzeitig wird Ihnen die aktive politische Gestaltung dieser Entscheidungen durch Wahlen verwehrt, bis sie 18 Jahre alt sind, obwohl sich junge Menschen sehr wohl frühzeitig fundierte Meinungen über politische Themen bilden. Ein Ausschluss von der Wahlentscheidung setzt zudem keine Anreize für Politiker und Politikerinnen, sich proaktiv mit den Forderungen junger Menschen auseinanderzusetzen.

3. **Nachhaltiges finanzielles Fundament für Jugendarbeit schaffen:** Wir stellen im Eurobarometer vom Mai 2022 ein wachsendes gesellschaftliches Engagement unter Jugendlichen fest. Dieses Engagement kann aber ohne ausreichende finanzielle Förderung nicht nachhaltig werden. Darüber hinaus verhindern aktuell die sehr hohen Anforderungen für junge Menschen oftmals die Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente, da hauptamtliche Unterstützung in der Jugendarbeit seltener vorhanden ist sowie Expertise durch Vorerfahrung aufgrund des jungen Lebensalters fehlt. Es braucht eine nachhaltige finanzielle Förderung für Projekte in der (internationalen) Jugendarbeit. Dies bedeutet, dass es mehr finanzieller Zuwendungen für die internationale Kinder- und Jugendarbeit, unter anderem über den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) als zentralem Förderinstrument, bedarf! Darüber hinaus müssen die Förderinstrumente entbürokratisiert werden, um einen leichteren Zugang mit weniger hohen Anforderungen und Nachweisen zu ermöglichen.
4. **Eine europäische Agentur für politische Bildung einrichten:** Nationale politische Bildung ist in vielen EU-Staaten Bestandteil des Bildungscurriculums für junge Menschen. Damit diese jedoch von Anfang an dazu befähigt werden, sich aktiv und kritisch mit dem politischen europäischen System, in dem sie leben, auseinanderzusetzen, fordern wir eine europäische Agentur für politische Bildung. Diese soll europapolitische Bildungsangebote schaffen und mit nationalen sowie regionalen und kommunalen Bildungsinstitutionen kooperieren. Es soll dabei die Vielfalt der europäischen Staaten und ihrer politischen Systeme repräsentiert und ausgewogen über diese informiert werden.
5. **Europaweite Programme für Jugendbegegnungen stärken:** Ein funktionsfähiges Europa kann nur durch ein breites Verständnis zwischen den Menschen einzelner Staaten garantiert werden. Durch Programme wie Erasmus+ wird es jungen Menschen bereits ermöglicht, dies in jungen Jahren zu erwerben, jedoch müssen weitere Räume für Jugendbegegnungen gerade außerhalb des akademischen Rahmens geschaffen werden. Hierzu gehören unter anderem Schüleraustausche, Veranstaltungen, gemeinsame Reisen oder Seminare, in denen junge Menschen aus verschiedenen europäischen Kulturen zusammenkommen, sich austauschen, voneinander lernen und Empathie für die Lebenssituationen der anderen entwickeln.
6. **Wirtschaftliche und soziale Sicherheit junger Menschen garantieren:** Ob beim Thema Wohnraum, Arbeitsmarkt oder Ausbildung: Junge Menschen in Europa sind vor dem Eintritt in die Erwerbstätigkeit vor zahlreiche Herausforderungen gestellt, die eine

Chancengleichheit verhindern. Zum Absolvieren eines Studiums oder einer Ausbildung benötigen alle jungen Menschen in Europa die nötigen finanziellen Mittel, um sich Wohnraum zu leisten, Studiengebühren zu bezahlen, durch meist unbezahlte Praktika erste Arbeitserfahrungen zu sammeln und sich zu unterhalten. Auch fehlen in vielen Ländern aussichtsreiche Jobs in zukunftsfähigen Branchen, und junge Menschen sind gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen. All dies muss ein Ende haben mit einer echten sozialen Sicherung für junge Menschen, die eine gute Ausbildung, bezahlbaren Wohnraum und angemessen bezahlte Praktika oder Nebenjobs ermöglicht.

7. **Junge Menschen strukturell an Entscheidungen beteiligen:** Die Einbindung junger Menschen in politische Prozesse darf nicht nur gelegentlich passieren, wenn es den politischen Entscheidungstragenden gerade passt. Vielmehr müssen junge Menschen regelmäßig und strukturell die Möglichkeit haben sich einzubringen. Zwar gibt es bereits gute Mechanismen, wie etwa den Jugenddialog, den Jugendcheck, die europäischen Jugendziele oder die EU-Jugendkonferenz, jedoch wird auf diese zu selten zurückgegriffen. Daher setzen wir uns für eine konsequente Umsetzung dieser Mechanismen ein. Darüber hinaus soll die deutsche Jugendstrategie stärker in die europäische Jugendstrategie eingebettet werden, um Synergien erzeugen zu können.